EINWOHNER GEMEINDE HÄGENDORF

Gemeindepräsidium
Bachstrasse 11
4614 Hägendorf
Telefon 062 209 17 17
gemeindepraesident@haegendorf.ch

Aus der Gemeinderatssitzung vom 16. November 2026

Antrag auf Streichung der Abwassergebühr

Der Gemeinde lag ein Gesuch zur Streichung der Abwassergebühr vor. Begründet wurde dies damit, dass Wasser bezogen wurde, dieses jedoch nicht ins Abwasser fliesst. Gemäss dem Abwasserbeseitungsreglement misst sich die Abwassergebühr am Wasserbezug. Daher konnte dem Gesuch nicht entsprochen werden. Allerdings möchte der Gemeinderat, dass überprüft wird, ob es Fälle gibt, in denen die Erhebung von Abwassergebühren künftig anders gehandhabt werden sollen. Sollte dies der Fall sein, soll das in die Vorgaben einfliessen. Online-Vergleiche mit anderen Gemeinden innerhalb und ausserhalb des Kantons zeigen, dass die Regeln in Hägendorf keinesfalls eine Ausnahme sind.

Übernahme Strasse Hausmattring

Die Strassenparzelle Nr. 1822 (Hausmattring) befindet sich im Privatbesitz. Sie hat den Charakter einer Erschliessungsstrasse und wurde vor Jahren als solche in der Ortsplanung deklariert. Gemäss den Vorgaben sollen solche Strassen in den öffentlichen Besitz übergehen. Die Gemeinde Hägendorf lebt hier eine eher passive Praxis. Wenn Besitzer solcher Strassen nicht wollen, dass die Gemeinde diese übernimmt, tut sie das nicht. Im vorliegenden Fall besteht nun ein Konsens für die Übernahme. Der Wechsel in den Besitz der Gemeinde erfolgt ohne Abgeltung an die abgebende Partei. Dies mit dem Hintergrund, dass man eine private Erschliessungsstrasse nicht anders nutzen kann und eigentlich nur Kosten hat. Mit dem Wechsel fallen künftig Kosten für den Unterhalt bei der Gemeinde an. Die Planungs-, Umwelt- und Verkehrskommission hat, zusammen mit der Bauverwaltung und in Absprache mit der Grundstückbesitzerin, Antrag für die Übernahme der Parzelle 1822 gestellt.
Der Rat hat dem Ansinnen, wie beschrieben, zugestimmt.

Qualitätshandbuch Schule Hägendorf

Die (Primar-)Schule Hägendorf überarbeitet zurzeit ihr Qualitätsmanagement. Dem Rat wurde nun das Qualitätshandbuch zu einer ersten Lesung vorgelegt. Dies mit dem Ziel, dass die kommunale Aufsichtsbehörde (die ist der Gemeinderat) prüft, ob die eingeschlagene Richtung seinen Anforderungen entspricht. Der Rat hat einige wenige Punkte diskutiert und der Schule verschiedene Hinweise zu seinen Schwerpunkten mitgegeben. Die Schule wird das Handbuch finalisieren und dem Rat zur Genehmigung vorlegen.

Interne Schulevaluation

Die (Primar-)Schule Hägendorf hat eine interne Evaluation der Schule vorgenommen. Dafür wurden Befragungen bei mehreren Stakeholdern gemacht. Zudem nahm die Schule einige selbstkritische Einschätzungen vor. Die Ergebnisse wurden analysiert, mit Massnahmen hinterlegt und dem Volksschulamt übermittelt. Der Rat hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Für das nächste Schuljahr (2027/2028) steht eine externe Evaluation (ESE) an. Diese wird, aufgrund von Prozessanpassungen des Kantons im Vergleich zur vergangenen ESE, anders organisiert sein. Die genauen Termine und Details werden im ersten Halbjahr 2027 definiert.
Die ESE wird der Schule eine wissenschaftlich fundierte Aussensicht ermöglichen, die ihrerseits wiederum der Qualitätssicherung und -steigerung dient.

Beteiligungssätze Spitex Untergäu
Die Gemeinde hat die Verantwortung im Zusammenhang mit der Spitex-Pflege. Hägendorf, Rickenbach und Wangen bei Olten arbeiten mit der Spitex Untergäu zusammen. Die Kosten der Spitex werden grundsätzlich auf drei Gefässe verteilt: Klient, Krankenkasse und Kommunen.
Der Kanton definiert mittels Regierungsratsbeschluss die Höchsttaxen, die diesbezüglich den Gemeinden in Rechnung gestellt werden dürfen. Dies wird in die Kategorien «Abklärung, Beratung und Koordination», «Untersuchung und Behandlung» sowie «Grundpflege» unterteilt.
Die Regeln sehen vor, dass der Kanton die Höchsttaxen definiert, der Rest wird durch die Gemeinden mit der Spitex verhandelt. Die entsprechenden Gemeinderäte der drei Gemeinden, welche auch Einsitz im Verwaltungsrat der Spitex haben, haben nun den Gemeinden vorgeschlagen, dass man sich 2027 an den Höchsttaxen orientiert. Dies wurde bereits in den letzten Jahren so gehandhabt. Nach der Jahresabrechnung schlägt der Verwaltungsrat der Generalversammlung jeweils vor, wieviel Geld an die Gemeinden zurückfliessen soll. Dieses Vorgehen sichert der Spitex die Mittel für den Betrieb und sorgt gleichzeitig dafür, dass den Gemeinden nicht unnötig hohe Kosten entstehen.
Der Gemeinderat hat dem Antrag der Ressortleiterin Soziales und öffentliche Sicherheit zugestimmt. Gleichzeitig ist es dem Rat wichtig, dass eine aktive Kostenpolitik betrieben wird. In einem ersten Schritt hat er die Ressortleitung aufgefordert, dass die Spitex am kantonalen Benchmark teilnimmt. So sollen Kosten, Stärken und allfällige Handlungsmöglichkeiten analysiert werden.

Rechtsform der Sozialregion Untergäu
Die Rechtsform der Sozialregion Untergäu (SRU) gibt seit deren Gründung immer wieder Anlass zu Diskussionen. Dies primär aus dem Grund, dass die SRU keine eigene Rechtspersönlichkeit hat, was sich bei diversen Themen negativ auswirken kann und/oder die Prozesse erschwert. Die aktuelle Situation führt dazu, dass sich die SRU, entsprechend dem gültigen Vertrag, an der Dienst- und Gehaltsordnung Hägendorf orientieren muss und so z.B. nicht selbständig über den Teuerungsausgleich entscheiden kann.
Die meisten anderen Regionen sind als Zweckverbände organisiert. Dies hat Vor- und Nachteile. Auf Initiative von Gemeindepräsident Andreas Heller, der die Sozialregion seit einigen Jahren präsidiert, soll das Thema nun geprüft und allenfalls überarbeitet werden. Dem Präsidenten schwebt eine Lösung vor, die den wichtigsten Bedürfnissen der Gemeinden gerecht wird/bleibt, die Handlungsfähigkeit der SRU jedoch erhöht. Es wurden mehrere Unternehmen angeschrieben, die in der Lage sein könnten, die SRU dazu zu beraten und eine allfällige Umsetzung zu begleiten. Die Konferenz der Gemeindepräsidenten Untergäu hat die Offerten geprüft und schlägt den beteiligten Gemeinden vor, die Offerte der Firma PUMAG anzunehmen. Diese sieht bei einer Umsetzung Gesamtkosten von CHF 21'000 vor. Die Kosten sollen in gleichen Teilen auf die Gemeinden verteilt werden.
Auf Antrag von Gemeinde- und SRU-Präsident, Andreas Heller, hat der Gemeinderat dem Vorgehen und dem entsprechenden Kredit zugestimmt. Damit die Arbeiten aufgenommen werden können, ist die Zustimmung aller Gemeinden notwendig.

Baurechtsvertrag Schiessanlage Gnöd, Einkauf der Stadt Olten
Zusammenarbeit der Gemeinden mit den Vereinigten Schützen Gnöd (VSG)

Die Gemeinden haben die Pflicht, den Angehörigen der Armee zu ermöglichen, die ausserdienstliche Schiesspflicht wahrnehmen zu können. Dies muss nicht zwingend in der eigenen Gemeinde sein. So nehmen die Gemeinden Hägendorf, Rickenbach und Wangen bei Olten die Pflicht gemeinsam auf der Schiessanlage Gnöd in Hägendorf wahr. Die Anlage befindet sich im Baurecht auf Land der Bürgergemeinde. Für die Umsetzung sorgen die Vereinigten Schützen Gnöd, welche die Anlage für die Gemeinden und das private Schiesswesen betreiben (inkl. Pistolenstand, was z.B. für die Gemeinden keine Pflicht ist).

Nun soll die Zusammenarbeit auf die Stadt Olten erweitert werden. Dazu müsste der Baurechtsvertrag angepasst werden. Die Stadt Olten soll an der Anlage mit Rechten und Pflichten beteiligt werden. Gleichzeitig besteht ein Zusammenarbeitsvertrag, der verschiedene Punkte wie Zuständigkeiten, Unterhaltsbeiträge etc., regelt. Dieser Vertrag müsste mit dem Einkauf der Stadt Olten ebenfalls überarbeitet werden.

Die VSG hat dazu Entwürfe erstellt und mit Vertretern der Gemeinden besprochen. Nun liegt ein Vertragswerk vor, über das zu entscheiden ist. Aufgrund der Bestimmungen hat in Hägendorf der Souverän das letzte Wort. Dazu musste der Gemeinderat das Geschäft an die Gemeindeversammlung überweisen. Der Gemeinderat hat die Dokumente besprochen und einige punktuelle Nachbesserungen angeregt. Die Entwürfe gaben zu einigen Diskussionen Anlass. Die Diskussion konzentrierte sich in Wesentlichen darauf, wohin die zweckgebundenen Mittel fliessen und wer über deren Verwendung entscheidet. Nach Ansicht des Gemeinderats sollten das die Gemeinden sein, während die VSG antragsberechtigt ist.

Die vorgeschlagenen Anpassungen haben keinen Einfluss auf die Kosten für die Gemeinden, weshalb der Gemeinderat das Geschäft an die Gemeindeversammlung überwiesen hat. Dies mit der Empfehlung auf Zustimmung, aber auch mit der Möglichkeit von Anpassungsoptionen, solange diese nur marginal sind und sich nicht negativ auf die Gemeindefinanzen auswirken.

Verschiedenes

- Erneute Vakanz in der Kulturkommission
  Die Präsidentin der Kulturkommission, Armina Kasab, hat ihren Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen bekannt gegeben. Der Rat bedauert diesen Verlust sehr, dankt Armina Kasab für das Engagement und wünscht ihr gute und nachhaltige Gesundheit. Grundsätzlich besetzen die Parteien die Kommissionen. Der Gemeindepräsident bittet darum, dass sich interessierte Personen für einen Einsitz in der Kulturkommission bei ihm melden. Er kann Auskunft über die Arbeit geben und die Koordination mit den Parteien unterstützen. Mitglied in einer Kommission kann werden, wer in Hägendorf stimmberechtigt ist.

- Vakanzen im OK Ferienpass (Aktivitäten für die Kinder in den Sommerferien)
  Armina Kasab hat gleichzeitig den Rücktritt aus dem OK Ferienpass gegeben, wo sie die Führung innehatte. Dies führte zu mehreren weiteren Abgängen. Auch hier bittet der Gemeindepräsident um Kontaktaufnahme, wenn es interessierte Personen gibt. Er wird koordinierend Kontakt mit dem bestehende OK aufnehmen. Die Mitarbeit im Ferienpass ist unabhängig der Stimmberechtigung möglich. Bisher organisierte der Ferienpass eine Aktivitätenwoche während der Sommerferien. Es nahmen in den letzten Jahren jeweils rund 100 Kinder an den verschiedenen Angeboten teil. Dies zeigt, dass der Ferienpass ein wichtiges Bedürfnis abdeckt.

- Begleitgruppe Fridau/Allerheiligenberg
  Die Begleitgruppe, bestehend aus Gemeindevertretern (Hägendorf, Egerkingen), Betreibern der kantonalen Asylstrukturen Fridau und AHB, Vertretern des Amtes für Gesellschaft, der Polizei, Anwohnern und der Stiftung AHB, trifft sich halbjährlich zum Austausch. Am letzten Treffen wurden die Themen Littering, Notdurft am Bahnhof, Verhalten auf dem Dorfplatz und im Coop sowie im Bus und die Möglichkeiten/Prozesse der Polizei, besprochen.
  Wie gewohnt hat der Gemeindepräsident am Treffen teilgenommen. Sehr zufrieden ist er mit der polizeilichen Arbeit und der Zusammenarbeit Polizei/Betreiber. Viele Probleme in den Dörfern gehen nicht oder mind. nicht ausschliesslich auf die Bewohner der AHB/Fridau zurück. In der Wahrnehmung der Bevölkerung ist dies etwas anders. Unzufrieden ist der Gemeindepräsident mit der Handhabe, die Polizei und Justiz haben. Hier halten die Möglichkeiten einfach nicht mit den Entwicklungen mit. Der Gemeindepräsident regte an, mehr Deutschunterricht zu vermitteln und den Sanktionsspielraum im Bedarfsfall voll und ganz auszunutzen. Es ist an der Politik, den Handlungsspielraum der Exekutive zu vergrössern.
  Weiter wird darauf hingewiesen, dass Bewohner des AHB oft zu Fuss und, in der dunklen Jahreszeit, schlecht sichtbar, unterwegs sind. Zwar werden Westen etc. zur Verfügung gestellt, aber nicht konsequent getragen. Alle Verkehrsteilnehmer werden um Vorsicht gebeten.

- Sekretärin des Gemeinderates
  Bea Mackuth, Sekretärin des Gemeinderats, wird die Gemeindeverwaltung Hägendorf zum Ende des ersten Quartals 2027 verlassen. Der Gemeinderat bedauert das und bedankt sich bereits heute für den engagierten Einsatz. Neben vielen Schreibarbeiten hat Bea Mackuth etliche Anlässe massgebend und prägend organisiert. Die Stelle wird mit einem 40% Pensum ausgeschrieben.